



Absender: Jugend

Vorlage Nr.: 2014/1254

Veranlasser / Verursacher:

Datum: 13.10.2014

Aktenzeichen:

Beschlussvorlage

Demokratische Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Kassel im Bereich der politischen Willensbildung

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Bildungswesen und Kultur	03.11.2014		öffentlich
Ausschuss für Soziales	04.11.2014		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	06.11.2014		öffentlich
Kreistag	10.11.2014		öffentlich

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, folgende politische Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu beschließen:

1. Gemäß den in den §§ 4c und 8a Hessische Landkreisordnung formulierten Beteiligungsgeboten erhalten bis zu jeweils zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter des Kreisschülerrats Anhörungs-, Vorschlags- und Rederecht in den Kreistagsausschüssen für
 - Bildungswesen und Kultur und
 - Soziales.

Es wird ferner angeregt, den o.g. Vertreterinnen bzw. Vertretern

- in der Schul- und Bildungskommission
- im Jugendhilfeausschuss sowie in den Jugendhilfefachausschüssen für
- Jugendhilfeplanung und -entwicklung
- Jugendförderung und Jugendbildung

ebenfalls Anhörungs-, Vorschlags- und Rederecht einzuräumen.

2. Jede der im Kreistag vertretenen Fraktionen benennt einen kinder- und jugendpoli-

tischen Sprecher oder eine Sprecherin. Fraktionslose Mitglieder des Kreistages können sich gleichermaßen als Sprecherinnen und Sprecher bereit erklären. Diese Sprecherinnen bzw. Sprecher bilden den „Arbeitskreis der jugendpolitischen Sprecher“, der unmittelbarer parlamentarischer Bezugs- und Ansprechpartner für den Kreisschülerrat ist. Der Arbeitskreis befasst sich mit Anliegen und Forderungen, die von Kindern und Jugendlichen über den Kreisschülerrat an ihn herangetragen werden.

Von der Befassung durch den Arbeitskreis können nur Anliegen und Anträge ausgeschlossen werden, die die Kompetenz des Kreistages nicht berühren.

3. Der Kreisausschuss des Landkreises Kassel veranstaltet bis zu zwei Mal jährlich ein offenes Kinder- und Jugendforum, wenn aus Sicht des Kreisschülerrats ein aktueller politischer Informations- und Diskussionsbedarf, bezogen auf Anliegen junger Menschen im Kreis besteht und dies rechtzeitig angemeldet wird.
4. Eine projektorientierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen in der Verantwortung des Landkreises Kassel zu realisierenden und die Interessen junger Menschen berührenden Vorhaben wird angestrebt, bevor Verwaltungshandeln Tatsachen schafft. Hierzu gehört beispielweise auch die Gestaltung von Schulgebäuden. Ziel ist die Verankerung einer Beteiligungskultur mit Kindern und Jugendlichen über den demokratisch legitimierten Kreisschülerrat als allseitiger Ansprechpartner.
5. Der Partizipations- und Beteiligungsprozess wird vom Fachbereich Jugend, Fachdienst Jugendförderung und Jugendbildungswerk, in enger Abstimmung mit dem Kreisschülerrat begleitet und koordiniert. Der Fachdienst dient hierbei als primärer Ansprechpartner, unterstützt den Kreisschülerrat aber auch technisch und durch das Vorhalten von Räumen nach vorheriger Absprache.
6. Das Beteiligungsverfahren soll zunächst für den Zeitraum von 2 Jahren erprobt werden. Dem Kreistag ist ein Erfahrungsbericht vorzulegen, der als Grundlage für die Entscheidung zur weiteren Fortführung dient.

Begründung:

Mit Beschlussfassung des Kreistages vom 05.12.2013 wurde der Kreisausschuss beauftragt, in Abstimmung mit der Kreisschülervertretung ein Konzept zu erstellen, wie eine demokratische Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Bereich der politischen Willensbildung auf Kreisebene erreicht werden kann. Dieses Konzept ist im Sozialausschuss vorzustellen.

Die oben genannten Vorschläge wurden in enger Abstimmung mit dem Kreisschülerrat als der demokratisch aus Wahlen hervorgegangenen Vertretung junger Menschen aus dem gesamten Kreisgebiet entwickelt und sollen in Anlehnung an die §§ 4c und 8a HKO die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Fragen im Einflussbereich des Kreistages und der Kreisverwaltung Kassel sichern.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 07.10.2014 (DSNR 2014/1213) dem Kreistag obige Beschlussfassung empfohlen.

Selbert
Erste Kreisbeigeordnete

Anlage/n:
2014_1254 Anlage 1

Anlagenbeschreibung
Anlage 1: Zitierte Rechtsgrundlagen